

**Berantwortliche Redakteure.**  
 Für den politischen Theil:  
**G. Sonnleitner**,  
 Für Feuilleton und Vermischtes:  
**J. Heinkel**,  
 für den übrigen redakt. Theil:  
**J. Hirschfeld**,  
 sämmtlich in Posen.  
 Berantwortlich für den Finanztheil:  
**J. Klugkist** in Posen.

# Pozener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Nr. 391

Die "Pozener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, am Sonn- und Festtag folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 9. Juni.

1891

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom 8. Juni, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberentommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung der Rentengutsvorlage.

In der Generaldiskussion erklärt sich

Abg. Szuman (Pole) für das Prinzip des Gesetzes, glaubt aber nicht, daß dasselbe in volle Wirkamkeit treten wird. Redner geht sodann auf die Thätigkeit der Ansiedlungskommission ein, welche er abfällig tritt. Es wäre zweckmäßiger, wenn man die Gelder, welche für jene Zwecke bestimmt worden sind, für die Zwecke des vorliegenden Gesetzes verwendete.

Abg. Frhr. v. Loe (Btr.) verspricht sich im Gegensatz zum Vorredner von dem Gesetze einen großen Erfolg; es werde dazu beitragen, die unerträgliche Ueberschuldung des Grundbesitzes zu beseitigen, und einen gesunden Mittelstand auf dem Lande schaffen. Die kapitalistische Verschuldung habe den Grundbesitz an den Rand des Abgrundes gebracht, und dieser ein Ende zu machen, dazu sei die Vorlage der erste Schritt. Redner bittet deshalb die Regierung, dem Rentengutsystem eine möglichst weite Ausdehnung zu geben, und wünscht ferner zur Kräftigung der Bauernschaft für diese die Schaffung einer ähnlichen Korporation, wie sie z. B. der Handelsstand besitzt.

Abg. Rickert (df.) kann die Freude der Vorredner über das Gesetz nicht teilen. Eine Abhilfe der Not der Landwirtschaft werde dadurch nicht erfolgen. Mit den Quacksalbern dieses Gesetzes wird man die kapitalistische Verschuldung des Grundbesitzes nicht beseitigen. Auch der Rentengutsbesitzer ist vor Verschuldung nicht geschützt, und in diesem Fall ist er noch viel bedauernswürdiger als der freie Beijer. Man nennt den Vater des Gesetzes liberal und demokratisch. Das Gesetz ist aber gerade das Gegenteil von liberal. Ein Sieg des Liberalismus ist es gewesen, als er 1857 die Freiheit des Besitzes trotz des Widerstandes Bismarcks, v. Kleistis-Rezow und des Ministerpräsidenten v. Manstein durchsetzte. In dieser Beziehung ist die Linke konservativ, indem sie an der alten, exprobierten Agrargesetzgebung festhält. Die Eile und Ueberstürzung ist bei einem Experiment, welches in so unbegrenzter Weise den Staatskredit in Anspruch nimmt, am wenigsten angebracht. Abg. Sombart wird die Verantwortung, die er durch seinen vorjährigen Antrag auf sich geladen hat, nicht abschütteln können, wenn er sich auch gegen die Unablösbarkeit der Rente sträubt, wenn er auch deshalb gegen das Gesetz im vorigen Jahre gestimmt hat. Wie kommt die "Nationalzeitung" dazu, uns nun wegen unseres Widerstandes gegen diese Vorlage anzuziehen? Und wie kann Herr Sombart jetzt für die Vorlage stimmen? Wir lehnen es ab, Ihnen einen Theil der Verantwortung abzunehmen. Wir wollen nur Wege gehen, die uns klar sind, den Wirtschaftsreformen wollen wir nicht folgen, wir wollen nicht losföhren in einen Abgrund hineinspringen. Wozu die Unablösbarkeit? Großgrundbesitzer wollen die Arbeiter sehaft machen und sie unter ihre dauernde Abhängigkeit bringen? Das wollen aber wir nicht, denn wenn wir ihnen eine ewige Kette anlegen, treiben wir sie gerade in die Arme der Sozialdemokratie. Wir machen Ihnen andere Vorschläge: Parzellieren Sie die Domänen, schaffen Sie genossenschaftliche Einrichtungen, erüchtern Sie die Errichtung von Fideikommissionen, statt für zu begünstigen. Die Erfahrungen, die Sie mit der Ansiedlungskommission gemacht haben, sollten Sie doch belehren. Mit den großen Staatsmitteln sind nur 712 Ansiedlungen geschaffen, während in wenigen Jahren allein im Kolberger Kreise durch private 600 Ansiedlungen gegründet sind. Lassen Sie zunächst die private Arbeit sich betätigten, sammeln Sie erst Erfahrungen und dann gehen Sie zögernd vor, namentlich, wenn es sich darum handelt, den Staatskredit in so unerhörter Weise anzugreifen. Wir halten das Gesetz nicht für gut und wirksam. Entweder wird es ein todter Buchstab bleiben, es werden wenige Dumme darauf hereinfallen, oder wenn sie sich die Kette anlegen lassen, werden sie unzufrieden werden und die Kette zu sprengen suchen. Wir stimmen deshalb gegen das Gesetz. (Beifall links.)

Abg. Sombart (nl.) spricht sich im Einklang mit seinen früheren Erklärungen gegen die Unablösbarkeit der Rente aus, die der preußischen Agrargesetzgebung widerspreche. Es sei zu bedauern, daß die Staatsregierung durch den vorliegenden Entwurf die Unablösbarkeit noch verschärft habe. Damit arbeite man geradezu der Sozialdemokratie in die Hände. Er rufe mit der "Freisinnigen Zeitung" ins Land: "Bauer, pas' auf!" Nur mit schwerem Herzen habe er für das Gesetz gestimmt, und zwar nur deshalb, weil es doch gegenüber dem bestehenden Zustande verschiedene Verbesserungen enthalte. Es würden wegen der besonderen Zustände in den Gutsbezirken sich sehr schwierige Leute finden, die sich an den Grenzen der Rittergüter Rentengüter werden anweisen lassen wollen. Für Posen und Westpreußen, in deren Interesse doch hauptsächlich das Gesetz liege, komme die Konkurrenz der Ansiedlungskommission in Betracht, die auf keinen Gewinn ziele und den Rentengutsbesitzern viel größere Vortheile zuwenden könne. Bei den Vortheilen aber, die das Gesetz im Anschluß an das vorjährige biete, wolle er für die Vorlage stimmen.

Minister v. Heden: Die Vorredner hätten ihre heutigen Reden im vorigen Jahre halten sollen, denn sie richteten sich gegen den Inhalt des vorjährigen und nicht dieses Gesetzes. Ich bestreite, daß das Gesetz im Widerspruch steht zu der Agrarpolitik der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Staatsregierung hat nicht loyal vorgehen können, als sie es getan hat. Sie ist der Aufforderung der beiden Häuser, eine Vorlage einzubringen, einfach nachgekommen. Sie dürfen ihr also nicht vorwerfen, daß sie einen Sprung ins Dunkle mache. Die Privatthätigkeit wird durch die Vorlage nicht gehindert. Auf die sonstigen Bedenken einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Ich bitte Sie, nehmen Sie das Gesetz an. (Beifall rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Pole) hebt die Konkurrenz hervor, welche durch die staatlichen Parzellierungen denen von privater Seite erwächst. Redner führt eine Reihe solcher Fälle an, in denen die Parzellierungen von privater polnischer Seite Hindernisse von Seiten der Regierung erfahren haben.

Abg. Frhr. v. Huene (Btr.) bestreitet, daß das Prinzip der Unablösbarkeit durch das Gesetz verschärft werde. Die Unablösbarkeit sei in das Gesetz gebracht worden, um dem Gutsbesitzer eine Einwirkung auf seine Arbeiter, die er sehaft mache, zu sichern (Burk links: Sie an die Scholle zu fesseln!). An die Scholle würden sie nicht gefesselt, denn sie könnten jeden Augenblick das Gut verlaufen (Lachen links); Zustände wie zur Zeit der Leib-eigenschaft würden also nicht geschaffen. Auch er glaube, daß das Gesetz nur in sehr geringem Umfang auf Ansiedlung von Arbeitern hinwirken werde. (Hört! hört! links); es handele sich hauptsächlich um die Schaffung von Bauernstellen. Auch er wünsche, daß sich niemand, der eine Bauernstelle erwerbe, auf die Unablösbarkeit einlässe. (Hört! hört! links). Nothwendig sei sie aber bei der Ansiedlung von Arbeitern. Eine neue Abhängigkeit werde nicht geschaffen; denn beide vertragschließenden Theile hätten die Bedingungen in der Hand. Deshalb könne man ruhig das Gesetz annehmen.

Abg. v. Sattler (nl.) weist darauf hin, daß dieses Gesetz die Zustände in Hannover zum Vorbilde habe. Dagegen könne man doch nicht protestieren, denn in Hannover überwiege der mittlere Grundbesitz, welchen die Freisinnigen als einen sozialpolitisch besseren Zustand bezeichnen, als er im Osten mit seinen Latifundien bestehe. Hannover sei dabei liberaler als der Osten. Im Übrigen bestreitet Redner, daß eine Abhängigkeit der Bauern durch das Gesetz geschaffen werde.

Abg. v. Tschoppe (fr.) bittet ebenfalls um Annahme des Gesetzes. Die Abhängigkeit der Rentenverpflichteten sei bei Weitem nicht so schlimm, wie die Abhängigkeit des Rittergutsbesitzers vom Hypothekengläubiger. Die Unablösbarkeit der Rente sei unbedenklich, da die Vertragsfreiheit gewährleistet sei. Die Behörde werde beide Kontrahenten über ihre Verpflichtungen genügend aufklären.

Finanzminister Dr. Miquel betont gegenüber der Ausführung des Abg. Rickert, man möge die Parzellierungen den Privaten völlig überlassen, daß in dem Protokolle, welches über die vom Abg. Rickert erwähnte Parzellierung im Kolberger Kreis geführt worden sei, am Schlusse ausdrücklich steht: "Hätten wir das Rentengesetz schon gebaut, dann würde das Unternehmen viel leichter geworden sein. Sodann wird ausgeführt, daß von weiteren Parzellierungen wegen Mangels an Kapitalien hätte Abstand genommen werden müssen. Daraus gehe die Verkehrtheit des Widerstandes gegen dieses Gesetz hervor, das im Gegenteil die Privatthätigkeit stärke. Das Gesetz sei nicht von hannoverschen, sondern von altpreußischen Abgeordneten gewünscht worden. Man möge doch aber damit rechnen, daß das Gesetz von 1890 in Kraft ist. Es ist um so weniger gerechtfertigt, gegen das Gesetz Front zu machen, durch welches die Zahl der unablässbaren Renten verringert wird. Die Unablösbarkeit ist überhaupt bloß eine Frage des Anfangs, sie erleichtert das Eingehen eines Rechtsverhältnisses. Für die weitere Folge hat sie aber keine Wirkung. Denn wenn man aus der Unablösbarkeit die Abhängigkeit des Rentengutsbesitzers folgert, so möge man bedenken, daß die Abhängigkeit eines Gutsbesitzers, dessen Gut mit einer jederzeit kündbaren Hypothek belastet ist, bei Weitem größer ist. Man hat sich in dieses Hypothekenstück so hineingelegt, daß man an ein anderes System nur mit Widerwillen denkt. Wir geben ja die Wahl zwischen ablösbaren und unablässbaren Renten, und diese Wahl will man verbieten? Den Vorwurf, daß die jetzige Regierung die Bildung von Fideikommissionen befürwortet, verstehe ich nicht. Herr Rickert nenne doch einmal nur einen solchen Fall. Die größten nationalökonomischen Autoritäten, sowie Männer der Präris haben sich für eine Entwicklung der Agrargesetzgebung in der Richtung dieses Gesetzes ausgesprochen. Wie kann man es also reaktionär nennen?

Abg. Rickert: Daß ich mit dem Hinweis auf Hannover eine sehr kluge Seite des Finanzministers berührte, wußte ich von vornherein. Wir haben aber schon bei den Justizgesetzen böse Erfahrungen mit den hannoverschen Erfahrungen gemacht und sind deshalb vorsichtig. Der Minister hat ein großes Wort ausgesprochen, wenn er sagt, die Wissenschaft sei für das Gesetz. Es mögen einige Professoren sich dafür ausgesprochen haben. Auch das Landesökonomekollegium ist sehr zaghaft an die Sache herangetreten. Das ganze Gesetz ist aus der Liebhaberei einiger Weniger hervorgegangen, vor Allem des Abg. Sombart, der dann gegen das Gesetz gestimmt hat. Nennen Sie das Freiheit, wenn Sie Demand auf Generationen hinaus binden? Mit aller Dialektik kommen Sie nicht darüber hinaus, daß Sie hier eine Unfreiheit und Abhängigkeit schaffen. Daß die jetzige Minister die Bildung von Fideikommissionen befürwortet haben, habe ich nicht behauptet. Einem Siegel haben Sie der Bildung derselben aber auch nicht vorgezogen. Soll ich Sie aber an Vorgänge aus den letzten Jahren erinnern? Wie Herr v. Hüne für das Gesetz stimmen kann, ist mir ein Rätsel. Er will keine sehaftenden Arbeiter in den Gutsbezirken; denn diese würden ja das Mittel abgeben, die Gutsbezirke in Landgemeinden zu verwandeln. Er will auch nicht Bauern, die auf die Unlösbarkeit der Rente sich einlassen; das seien keine rechten Bauern. Herr v. Hüne will also einem Gesetz zustimmen, welches dazu führen kann, daß keine rechten Bauern geschaffen werden.

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen.

In der Spezialdiskussion bemerkte zu § 1 (Umfang der Ablösbarkeit)

Abg. Verche (dfr.) daß ein Bedürfnis zu dem Rentengutsgesetz nicht vorliege und daß die Regierung damit ein mit grossem Risiko verbundenes Experiment mache. Bis jetzt sei noch in keinem Falle davon Gebrauch gemacht worden.

Abg. v. Holz (konj.) ermahnt, abzuwarten, bis der vorliegende Entwurf Gefege sei.

§ 1 wird darauf angenommen, ebenso debattelos der Rest des Gesetzes, sowie in dritter Berathung der Entwurf, betr. die Eintragungen in die Höferolle und Landgüterrolle auf Ersuchen der Generalkommission und der Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen über die Herstellung einer neuen Fahrbahn in der Außenweser.

Die Vorlagen betr. die Heranziehung der Fabriken zu Prinzipialleistungen für die Provinzen Brandenburg, Rhein-

## Inserate

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
bei Ad. Höls, Hoslererant.,  
Gr. Gerber- u. Breitestr. Ede,  
Hilf Reich, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen Jacob  
Posse, Haasen & Vogler A.-G.,  
S. J. Daube & Co., Invalidenstr.

Inserate, die lediggehaltene Petitionen oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

provinz und Schleswig-Holstein werden in zweiter Lesung  
angenommen.

Darauf vertritt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag  
1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Antrag Walther betr. Beseitigung  
der Hochwasserschäden.) Schlüß nach 3 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 8. Juni.

Der Kaiser empfing am Sonnabend Abend im Neuen Palais bei Potsdam den Major v. Wissmann und den Afrikareisenden Oskar Borchert und zog alsdann die Herren zur Abendtafel. — Am Montag Vormittag hörte der Kaiser u. a. den Vortrag des Ministers v. Voetticher.

Der Kaiser hat in einem Antwortschreiben an den Erbgroßherzog von Oldenburg sein Ausbleiben von der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Bremen so mehr bedauert, als er "unausgesetzt" der Landwirtschaft seine fürsorgliche Theilnahme zuwende und im Verein mit seiner Staatsregierung bemüht sei, die auf die Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen nach Kräften zu fördern.

Einen Brief des Kronprinzen und späteren Kaisers Friedrich veröffentlicht eine Biographie über Max Dunder von R. Heim. Der Brief ist an Max Dunder, den damaligen vortragenden Rath des Kronprinzen gerichtet und datirt aus Putbus vom 14. Juni 1863. Kurz zuvor hatte der Kronprinz die Preßordnung in Danzig öffentlich verurtheilt. Dunder machte dem Thronfolger Vorstellungen zu Gunsten von Bismarck. Der Kronprinz wies diese Vorstellungen zurück in einem Briefe, in welchem er sich verwartht gegen gewisse Publikationen. Die betreffende Korrespondenz befindet sich in Original und Abschrift in seinen Händen. Der Brief des Kronprinzen fährt dann wörtlich fort wie folgt:

"Sollten geheime Künste angewendet worden sein, dann freilich ist meine Macht zu Ende und wäre ich wenig überrascht, wenn man durch eine in gewissen Kreisen nicht ungewohnte Spionage meiner Person sich Bismarcksseits in Gestalt von Abschriften zu sehen gewußt hätte!! Wir werden es wohl einmal erfahren. Wenn die Fortschrittspartei mich zu den Vorfahren rechnen will und Alles daran setzt, so ist hiergegen ebenso wenig zu thun, als ichs verhindern kann, daß Bismarck mich zu dem Selnigen zu stampfen eifrig bemüht war. Meine Ansichten erhellen aus den Danziger Worten; mehr thun oder reden will ich nicht, da ich kein Oppositionsführer sein will. Sind Waldeck und Konstantin die Fortschrittliter, so habe ich keine Gemeinschaft mit diesen. Versteht man aber die Freisinnigen unter jenen Namen, mit denen leider die Altkonservativen jetzt nicht zusammengehen, so denke ich nicht daran, jene Fortschrittliter als Feinde zu betrachten."

Der freisinnige Antrag über die Getreidehuerung und die Getreidezölle wird, wie telegraphisch bereits mitgetheilt, voraussichtlich an diesem Donnerstag im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kommen. Seitdem verlautet, daß das Ministerium den Antrag auszuführen bereit sei, hat — so hebt die "Freis. Ztg." hervor — natürlich auch der heftige Widerstand der Gegenparteien gegen die Verhandlung nachgelassen. Ebenso wie in manchen Abgeordnetenkreisen die Stimmung für und gegen Zolluspensionen genau nach Maßgabe der Wetterfahne im Ministerium umgesprungen ist, änderte sich auch das Verhalten in der Geschäftsordnungsfrage in Betreff der Diskussion des freisinnigen Antrags. Bis heute noch konnte man in längerer Betrachtung konservativer, freikonservativer, klerikal und selbst nationalliberaler Blätter lesen, daß eine Verhandlung über den freisinnigen Antrag nur geeignet sei, die Getreidepreise zu steigern und damit auf die Vertheuerung verschärft einzuwirken. Daß nun mehr der Antrag auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gelangen wird, beweist am schlendesten, daß die Gegner selbst nicht an diesen Einwand geglaubt haben. Andernfalls würde die Mehrheit den Antrag überhaupt nicht auf die Tagesordnung gelangen lassen und damit die Verantwortlichkeit übernehmen für das Steigen der Getreidepreise als Folge dieses Antrages. In der gewöhnlichen Reihenfolge der Initiativ-Anträge und Petitionsberichte hätte der Antrag keine Aussicht, noch in dieser Session zur Verhandlung zu gelangen, da in Betreff der Schwerinstage eine Minderheit von 30 Stimmen genügt, um zu verhindern, daß ein solcher jüngerer Antrag vor älteren Nummern des Registraturjournals zur Verhandlung kommt.

Selbst die "Nat. Ztg." glaubte am Sonntag noch der freisinnigen Partei raten zu müssen, "verständiger Weise auf einer Verhandlung über den Antrag nicht zu bestehen". Herr v. Caprivi habe ja mit mehreren Abgeordneten Mühsprache genommen und dabei entwickelt, warum die Regierung vor Genehmigung des österreichischen Handelsvertrages nicht in eine Ermäßigung oder Suspension der Zölle willigen könne. — Richtig ist, daß Herr v. Caprivi jüngst Privatunterredungen über die Zollfrage mit freisinnigen Abgeordneten gehabt hat. Nachdem diese Thatsache von der Presse anderer Parteien veröffentlicht ist, glauben wir, schreibt die "Freis. Ztg." weiter, auch nicht mit dem Bekunden der anderen That-

sache zurückhalten zu dürfen, daß diese Unterredungen in keiner Weise geeignet waren, die Entschließungen der Regierung in Betreff der Getreidezölle auch nur um ein Titelchen gerechtfertigter erscheinen zu lassen, als es angesichts der öffentlichen Verhandlungen darüber der Fall ist.

Breslau, 7. Juni. Heute Vormittag brach in dem Stalle der 1. Schwadron des Leib-Kürassier-Regiments (Schlesisches) Nr. 1 auf bis jetzt unermittele Weise Feuer aus und zwar in dem mit Futtermitteln gefüllten Dachraume. Die Stallwache ließ der Instruktion gemäß, die Pferde in dem zunächst bedrohten Theile, etwa 50 an Zahl, ins Freie. Die Thiere stürmten in wilder Flucht nach allen Himmelsrichtungen davon. Ein Trupp von einigen 20 Stück nahm seinen Weg nach der eine halbe Stunde entfernten Stadt durch die belebtesten Straßen. Hier entstand, da die Pferde zum Theil auf dem Trottoir entlang liefen, eine ziemliche Panik. Augenscheinlich werden noch 20 Pferde vermisst, die sich zum Theil in 2-3 Meilen entfernten Ortschaften befinden sollen, 6 sind tot, 40 verletzt. Merkwürdigerweise ist in den belebten Straßen kein größeres Unglück vorgekommen, nur ein überranntes Kind erlitt einen Beinbruch. Zur Bewältigung des Feuers war die ganze Breslauer Wehr aufgeboten, die jedoch in ihrer Thätigkeit durch Wassermangel behindert wurde. Das Feuer verzehrte den oberen Theil eines Drittels des Stallgebäudes und stand dann an der Brandmauer von selber.

### Oesterreich-Ungarn.

\* Wien, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Bud getausschusses erklärte bei der Berathung über den Dispositionsfonds der Abg. Heilsberg Namens der Linken, die Linke werde im Ausschuse ohne Präjudiz dafür stimmen, sich indeß vorbehalten, bei der Generaldebatte im Plenum ihre Verteilung zu kennzeichnen. Der Jungzeche Herold warf der Regierung vor, daß sie die wesentlichsten Punkte des Programms der Tschechen mitzache; sollte ein solches Verhalten andauern, so werde in Böhmen kaum eine tschechische Partei zu finden sein, die im Reichsrath mitzuwirken gewillt wäre; die Jungzechen würden dann ohne auf die übrigen Verhältnisse in Oesterreich Rücksicht zu nehmen, ihr Recht durchzusetzen trachten. Der Abg. Baretzky erklärte Namens der Deutschnationalen, daß dieselben gegen den Dispositionsfonds stimmen würden. Der Minister-Präsident Graf Taaffe hob hervor, daß der in der Thronrede gewünschte Waffenstillstand zwischen den Parteien behufs ihrer Annäherung zu einer sorgfältigen Lösung der wirtschaftlichen, nur budgetären Aufgaben vielfach bereits erreicht worden wäre, zaubern könnten allerdings weder die Regierung noch die Parteien. Bei der darauf erfolgenden Abstimmung über den Dispositionsfonds wurde derselbe mit allen gegen drei Stimmen (zwei Jungzechen, ein Deutschnationaler) bewilligt.

### Italien.

\* Rom, 8. Juni. In der heutigen Kammeröffnung antwortete der Ministerpräsident di Rudini auf die Interpellation des Deputierten Barzilai über die Ausweitung des italienischen Journalisten Cantalupi aus Oesterreich, er könne und wolle keine Aufklärungen geben und habe auch von Wien keine solche verlangt, weil er in einem ähnlichen Falle es auch nicht zulassen würde, daß andere Staaten in Rom anfragten. — Betreffs des Zwischenfallen beim Verkaufe der Bildnisse der königlichen Familie habe die österreichische Regierung freiwillig die weitgehendsten Aufklärungen gegenüber. — Wenn die Subskription in Triest für die Opfer der Pulverexplosion in Rom wirklich verboten sei, so dürften dafür viele triftige Gründe vorhanden gewesen sein. Die Freundschaft Italiens mit Oesterreich-Ungarn sei eine solche, daß ein Nebenwollen seitens des Alliierten uns gegenüber gänzlich ausgeschlossen sei. — Die Inschrift an dem Denkmal Andreas Hofers sei auf Anordnung der Regierung erneuert worden, weil es sich um eine der wahrhaftesten Verhümtheiten gehandelt hätte. Andreas Hofer sei für die Unabhängigkeit seines Vaterlandes gefallen. Die Regierung glaubte ähnlich wie sie den bei Novara und Solferino gefallenen Oesterreichern Ehren erwiesen haben, so auch Andreas Hofer dadurch zu ehren.

\* Rom, 8. Juni. Das gestrige Erdbeben erstreckt sich, wie das Zentralbureau für Meteorologie mittheilt, nach den zur Beobachtung von Erdbeben aufgestellten Apparaten, bis Florenz, Aquila und Rom. In der letzteren Stadt wurde das Erdbeben um 2 Uhr 6 Minuten verespürt.

\* Rom, 8. Juni. Auch in Vicenza wurden leichte Erdstöße verespürt. In Verona zeigte der Seismograph heute leichte Ederstüttungen, welche in Tregnago, Colognola und Badia-Calavera stärker verespürt wurden. Die Bevölkerung ist jetzt ruhiger. Hundert weitere Orte sind nach verschiedenen Theilen des Landes verendet worden.

\* Verona, 8. Juni. Die von der Regierung entsandte technische Kommission erklärte, daß drei Viertel der bei dem Erdbeben in Tregnago und Badia-Calavera stehengebliebenen Häuser unbewohnbar seien.

### Großbritannien und Irland.

London, 8. Juni. Der Präsident des Verbandes der Omnibusbetreiber, Sutherland, hatte heute eine Unterredung mit den Direktoren der beiden Omnibusgesellschaften, in welcher er die Forderungen der Streikenden formulirte. Die Entscheidung der Direktoren ist noch nicht offiziell bekannt. Man glaubt, daß der Zweistundentag den Streikenden bewilligt werden wird, doch soll derselbe erst mit dem 13. Juli beginnen. Ein freier Tag alle 14 Tage dürfte nicht bewilligt werden. (Warum denn nicht?) Die Kutschere werden 6 Sh. und 6 d. täglich und die Kondutoren 5 Sh. erhalten. Die Gesellschaften weigern sich, den Personen, die im Dienst geblieben sind, den Abschied zu geben.

### Türkei.

Konstantinopel, 8. Juni. Meldung der „Agence de Constantinople“. In Folge des am Ende des Mai zwischen den Franziskanern und den Geistlichen der griechischen Kirche wegen unberechtigten Gebrauchs der Thür der Patriarchkirche zu Bethlehem entstandenen Streites, wobei beiderseits zahlreiche Verwundungen vorgekommen sind, richtete der französische Botschafter, Graf von Montebello, eine Note an die Pforte, worin er beklagte, daß die Pforte die Griechen den Lateinern gegenüber stets beginstigte und strengste Untersuchung, sowie Bestrafung der Schuldigen verlangte, indem er nur eine kurze Frist für die Antwort gewährte. Da diese für die Griechen günstig ausfiel, erklärte sie der Botschafter ungern.

Der Staatssekretär des Reichspostamts Dr. v. Stephan hatte gestern mit verschiedenen Faktoren des hiesigen Verkehrsweisen, unter welchen auch österreichische, Unterredungen über die Herstellung eines direkten Paketverkehrs auf dem Landwege nach Europa. Der deutsche Botschafter v. Radowicz hatte gestern eine längere Konferenz mit dem Großbezir.

### Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Die Verhandlung über den Antrag Rickert und Genossen betr. das Material zur Getreidezollfrage wird nächstes Donnerstag im Abgeordnetenhaus stattfinden.

L. C. Die Verhandlung des Wildschadengesetzes im Abgeordnetenhaus ist für nächsten Freitag in Aussicht genommen. Die Kompromißverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sollte es dabei bleiben, daß die Schonheit für Roth- und Damwild nur vorübergehend unter gewissen Voraussetzungen durch den Landtag aufgehoben werden kann, wie das jetzt schon der Herrenhausbewilligung befagt, so wird auf die Zustimmung der freistimmen Bartei nicht zu rechnen sein.

### Aus dem Gerichtshof.

Effen, 6. Juni. Über den sechsten Tag der Verhandlung im Bochumer Steuer-Einschätzungsprozeß berichtet die „Börs-Btg.“ weiter wie folgt:

Nach Gründung der Verhandlung nimmt sogleich das Wort Vertreter der Nebenkläger, Justizrat Schulz (Hagen): Nachdem gestern und in den vorhergehenden Tagen eine ganze Reihe von Anklagen gegen die Ehre meines Mandanten Baare nach meiner Auffassung ihre völlige Widerlegung gefunden haben, ist man gestern in letzter Stunde damit hervorgetreten, eine Beschuldigung zu erheben, auf die ich nicht vorbereitet sein konnte, die die Ehre meines Mandanten schwer angegriffen hat. Ich habe infolge dessen ohne jede Rücksprache mit ihm es in seinem Interesse erachtet, auf diese Beschuldigung nicht in mangelhafter und unvorbereiter Weise einzugehen und gedacht, daß es in meines Mandanten wie des öffentlichen Interesses liege, über die Beschuldigung nicht in eine tumultuarische ungeordnete Verhandlung einzutreten, zumal sie mit derselben nur entfernt und lose zusammenhängt. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben: Mein Mandant wird mit seiner Rechtfertigung nicht im Rückstande bleiben, er wird dies um so weniger, als von Seiten meines Mandanten selbst gefragt ist, er habe kriminelle Anzeige wegen der Beschuldigung erhoben. Es kann nicht gemeint sein, daß wir uns vor der Beschuldigung geschrägt hätten, wir haben vermeiden wollen, daß der Prozeß daran scheitern würde und deshalb habe ich erklärt gegenüber den vielen und schweren Beleidigungen meines Mandanten: es kommt auf den einen Ausdruck sehr wenig an. Ich habe deshalb geglaubt, wegen dieses Ausdrucks den Strafantrag zurückziehen zu können. Ich glaube nicht, daß, wie dies in der Presse vorgekommen, darin jemand ein Bekennntnis der Furcht vor der Beschuldigung finden könne. Ich bin es deshalb meinem Mandanten schuldig, hier öffentlich zu erklären, daß ich lediglich nach meiner Auffassung und meiner Verpflichtung, ohne meinen Clienten darum zu ersuchen, beantragt habe, den Ausdruck „noch gravirende Sachen“ auszuschließen, ich habe lediglich deshalb den Strafantrag wegen dieses Punktes zurückgenommen. Mein Mandant erfuhr mich, zu erklären, daß er nur auf meinen dringenden Wunsch es unterlassen hat, in eine Erörterung dieser Beschuldigung einzutreten. Dann will ich ferner im Auftrage meines Mandanten an den Gerichtshof die Bitte richten, die Sache dennoch in der gegenwärtigen Verhandlung zum Austrag zu bringen, weil mein Mandant in der Lage zu sein glaubt, Aufschluß bringen zu können.

Präf.: Das wird nicht anders gehen, als wenn der Herr Staatsanwalt erklärt, er habe die Denunziation abgelehnt; so lange die Sache schwört, können wir die Verhandlungen nicht wieder aufnehmen. — Berth. R.-A. Dr. Wallach: Zunächst will ich erklären, daß die Vertheidigung die geirre Erklärung des Herrn Justizrats Schulz nicht anders aufgefaßt hat, wie er sie selbst eben erklärt hat. In zweiter Linie möchte ich ebenfalls im Interesse der Vertheidigung bitten, diese Sache mit der ganzen Verhandlung der Strafsache zu verbinden. Ich möchte dabei auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die unzweifelhaft mit herangezogen werden müssen. Ich wollte mir gestatten, darauf hinzuweisen, daß die Angeklagten nicht nur wegen der Beleidigung, sondern auch wegen Verleugnung des § 130 S.-G.-B. sich zu verantworten haben. Ich darf wohl darauf hinweisen, daß der Thatbestand in der Form der verschiedenen Artikel gefunden werden soll und nur darin allein gefunden werden kann, und ich darf wohl auf die Thatfache hinweisen, daß dieser Thatbestand nur in denjenigen Artikeln gefunden werden kann, welche sich mit Herrn Geheimrat Baare und dem Bochumer Verein beschäftigen. Es ist deshalb unabsehlich, daß diese Thatfachen zur Erörterung gezogen werden. Ich wollte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß für denjenigen, der die Artikel nicht bloß mit der scharfen Sonde des juristischen Verstandes, sondern aus der Denkweise des Angeklagten heraus liest, hervorgeht, daß die Artikel sämtlich nicht so geschrieben wären, wie sie geschrieben worden sind, wenn sie nicht speziell aus der Auffassung des Angeklagten hervorgegangen wären über den Bochumer Verein und seinen Einfluss. Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß eine ganze Reihe von Thatfachen nur gewürdigt werden kann, in Verbindung mit der Persönlichkeit des Herrn Baare. Ich darf nur auf den Fall Mathieu hinweisen. Diesem ist ein Vorwurf gemacht worden, der nur erledigt werden kann im Anschluß daran, was in bezug auf Herrn Geh. Rath Baare gefragt ist. Ich kann mich aus diesem Grunde der Auffassung nicht entziehen, daß, wenn diese Fälle ausgeschieden werden und unerledigt bleiben, namentlich ob die Anklage wahr oder nicht wahr ist, man über die Strafwürdigkeit gar nicht klar werden kann. Sind die Artikel, sind die Angaben des Angeklagten unwahr, dann muß das Urteil gegen ihn ganz anders ausfallen, als wenn sie wahr wären. — Staatsanwalt Sandmeier: Ich habe eine Erklärung zu dieser Sache nicht abzugeben. Gestern habe ich hervor, daß mir die Denunziation um 7 Uhr Morgens überbracht sei, ich sie aber noch nicht hatte lesen können. Ich habe sie gestern Nachmittag durchgelesen. Sie ist eigentlich nicht eine Denunziation, sondern ein Beweisantrag; die Schrift ist nicht an mich adressiert, sondern an die Strafkammer. Ich hatte mich aber, weil sie mir zugelandet ist, für berechtigt gehalten, sie als Denunziation anzusehen. Ich bin nicht in der Lage, diese Denunziation zurückzuweisen, nicht etwa, weil ich an die Schuld des Herrn Geheimrat Baare glaube, sondern weil nicht ich, sondern der Erste Staatsanwalt über die Zurückweisung zu bestimmen bat. — Rechtsanwalt Dr. Schweiring: Es ist bereits gestern meinerseits dem Herrn Staatsanwalt die Bitte unterbreitet worden, die Eingabe, die ihm unter Couvert überreicht ist, einer möglichst schnellen und schmunzigen Untersuchung zu unterziehen, namentlich als der gestrige Ueberfall geeignet ist, die Ehre des Herrn Geheimrat Baare zu gefährden. Für die öffentliche Meinung ist dies gegeben, von ihr ist Herr Geheimrat Baare auf die Anklagebank gesetzt worden. Deshalb haben wir den Herrn Staatsanwalt gebeten, die Sache zu beeilen, damit das Verfahren in den nächsten Tagen eingestellt oder zu klarem Ziele geführt wird. In den Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts Wallach liegt verdeckt ein Vertragungsantrag, und es ist das auch, was anscheinend die Vertheidigung zu bezwecken scheint, nämlich die Vertragung der ganzen Sache. Da ich die Ehre einer ganzen Reihe von Clienten zu vertreten habe, die seit einem Jahre angegriffen worden sind — es sind das 15 bis 20 Personen, deren Beleidigung hängt in geringem Zusammenhange mit der von Herrn Baare — so protestiere ich Namens der Nebenkläger gegen die Vertragung, es mag ausgeschieden werden, was wolle. — Präf.: Herr Staatsanwalt! Können Sie vielleicht ermöglichen, daß Sie schon bis Donnerstag nächster Woche sich darüber schlüssig sein werden, ob die Anklage zurückzuweisen ist oder ihren Fortgang nehmen muß? — Staatsanwalt Sandmeier: Die Herren Rechtsanwälte Schröder und Tewaag haben mich gestern um Beschleunigung gebeten und ich habe den beiden Herren bereits gestern dies Versprechen gegeben und dann mit dem Untersuchungsrichter gesprochen. Schon heute Nachmittag werden die

Erhebungen beginnen. Nach Lage der Sache kann ich aber nicht versprechen, daß bis Donnerstag hierüber Klarheit besteht. — Präf.: Es liege sich vielleicht machen, daß wir die Sache bis dahin aussetzen? — Staatsanwalt Sandmeier: Ich glaube mit Herrn Rechtsanwalt Schröder, daß die Angeklagten darauf hinausgehen, die ganze Sache zur Vertragung zu bringen, dafür spricht, daß sie erst gestern mit dem Antrage gekommen sind. Schon vor Wochen ist von den Herren R.-A. Schunk und dem Angeklagten mir angekündigt worden, daß noch irgend etwas Beweismaterial vorhanden ist. Ich habe gefragt: welches Beweismaterial? die Antwort ist aber verweigert worden. — Präf.: Der Gerichtshof hat sich schlüssig gemacht, wenn es in Aussicht steht, dann ist das Verfahren vertagt, wenn es in Aussicht gestellt wird, daß möglicherweise die Sache erledigt wird, dann können wir verhandeln. — R.-A. Dr. Wallach: Ich erkläre hiermit, daß den Angeklagten und den sämtlichen Vertheidigern eine Vertragung des Prozesses das denkbare Unangenehmste sein würde. Wenn von der Gegenseite bereits gestern von einem Ueberfall gesprochen worden ist, so will ich kurz bemerken, daß die Vertheidigung lange Zeit berathen hat, ob sie es im Rahmen des gegenwärtigen Strafprozesses für opportun oder geboten erachtet, diesen Punkt anzuregen. Erst im Laufe der Verhandlung hat sie sich dazu bewegen gefunden und es muß deshalb der gegen die Vertheidigung erhobene Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Es war stark in Aussicht genommen, diesen Gesichtspunkt gar nicht anzuregen. Schließlich hat sie es für erforderlich erachtet. Weiter kann ich erklären, daß es im Interesse der Vertheidigung läge, wenn ein juristischer Gesichtspunkt gefunden werden könnte, vielleicht, daß man die Schrift nicht als Anzeige, sondern als Beweisantrag ansieht; wenn das anginge, wäre die Ausscheidung nicht nötig. — R.-A. Tewaag: An der loyalen Absicht des Herrn Kollegen zweifle ich nicht, aber die materiellen Ausführungen lassen es zweifellos erkennen, daß eine Vertragung der Sache beabsichtigt wird, denn sonst ist es nicht zu erleben, wie § 130 S.-G.-B. mit den anderen Punkten in Verbindung gebracht werden kann. Die Anregung, die er selbst gab, ob nicht eine Entscheidung herbeigeführt werden könnte, ist undenkbar schon aus formalen Gründen, denn es ist wohl zweifellos, wenn die Denunziation abgelehnt werden würde, dann würden die Angeklagten sich beschweren, es würde ihre Beschwerde an das Oberlandesgericht gehen und darüber würden Wochen vergeben. Ich möchte deshalb einen Gerichtsbeschluß herbeigeführt sehen, ob die Sache zu Ende geführt oder die ganze Verhandlung vertagt werden soll. — R.-A. Schunk: Weil gezeigt ist, ich habe schon vor mehreren Wochen von Ueberredungen gelitten, so erkläre ich, daß ich von der gestrigen Anklage keine Abwendung hatte, sondern es bezog sich auf die doppelte Buchführung über Gehaltszahlungen. — Staatsanwalt Sandmeier: Nach dieser Erklärung habe ich keine Veranlassung, nicht einzugehen: Ich habe mich in meiner Annahme geirrt. — Rechtsanwalt Koch: Ich erkläre, daß ich dieses Material erst am 31. Mai 1891 vom Angeklagten erhalten habe. Wir hatten geglaubt, daß Herr Geh. Rath Baare schon am Dienstag oder Mittwoch zur Vernehmung kommen würde. Von der Absicht, Herrn Geh. Rath Baare erst am Donnerstag oder Freitag zu vernehmen, haben wir keine Kenntnis gehabt. — Der Gerichtshof zieht sich zur Verhandlung zurück. — Präf.: Herr Zusangel: Haben Sie Kenntnis bekommen von diesem Material? — Zusangel: Schon seit einem Jahre, ich habe mich aber aus rein menschlicher Rücksicht lange gescheut, davon Gebräuch zu machen. Ich bin, als wir in den Prozeß eintraten, mir noch nicht schlüssig gemessen, die Sachen hier vorzubringen, weil es mir schwer fiel, einen alten Mann, der auf ein Leben voll Ehren zurückblickt und hohe Vertrauensstellungen einnimmt, angulieren. Das kann ich verstehen: Ich habe den Artikel unter dem vollen Eindruck der mir bekannten Thatfachen geschrieben. Wenn ich nicht überzeugt gewesen sein würde, daß Herr Geh. Rath Baare nicht derjenige ist, für den er gehalten wurde, würde ich manches nicht zum Ausdruck gebracht haben. — Präf.: Der Gerichtshof hat beschlossen: vorläufig in die weitere Verhandlung einzutreten und sich noch darüber schlüssig zu machen, ob vielleicht das ganze Verfahren ausgesetzt werden soll.

Es wird alsdann mit der Beugenvernehmung betreffs der Steuereinschätzung fortgefahrene. Der erste Zeuge ist der Gastwirt Höller. Dieser befandt, daß er im Jahre 1889 ein Einkommen von 2600 M. hatte und in der 12. Klasse steuerte, also eher zu hoch als zu niedrig eingeschätzt war. — Kaufmann Webmeyer hatte ein Einkommen von 4-5000 M. und war in der ersten Stufe eingeschäzt, er gehörte aber in die dritte. — Gastwirt Keuter hatte 2-3000 M. Einkommen, er steuerte in der 7. gehörte aber in die 12. Stufe der Klassensteuer. — Gastwirt Kietötter: Er sei in der 1. Stufe der Einkommensteuer gewesen, seinem Einkommen nach hätte er in der 3. Stufe steuern können. — Juwelier Hellwig: Er habe in der 2. Einkommensteuerstufe gesteuert, diese Einschätzung sei annähernd richtig gewesen. — Metzger Renfort: Er sei in der 9. Klassensteuerstufe, würde aber in der 11. Stufe steuern können. — Gastwirt Träffel ist 1890/91 in der 2. Einkommensteuerstufe gewesen und steuert jetzt in der dritten; er habe ein Einkommen von 7000 M. und gehörte demnach in die 6. Stufe. — Gastwirt Uhlenbrück befandt: Er steuerte in der 11. Stufe der Klassensteuer; er sowohl als auch seine Mutter seien mehrere Stufen zu hoch eingeschäzt. — Schneidermeister Niggemann, Aufstreicher Jansen, Metzger Bäumer und Lohgerber Flümmann sind richtig eingeschäzt. — Schlossermeister Lenz: Er steuerte in der 10. Klassensteuerstufe, gehörte aber in die 4. Einkommensteuerstufe. — Gastwirt Sträßling: Er sei in der 11. Klassensteuerstufe, sei aber seinem Einkommen nach zwei Stufen zu hoch eingeschäzt. — Brennereibesitzer Friesmann habe 6000 M. Einkommen und habe in der 3. jetzt in der 7. Einkommensteuerstufe gesteuert. Die letztere Einschätzung sei zu hoch. — Oberbürgermeister Vollmann bemerkte, daß dieser Zeuge auf Grund des Brennereisteuergesetzes, wie geschehen, eingeschäzt werden müsse. — Alle diese Zeugen sind katholisch und befennen sich zur Zentrumspartei gehörig. — Rechtsanwalt Hünnebeck, der alsdann als Zeuge erscheint, ist evangelischer Konfession und befandt, daß er zur nationalsozialistischen Partei gehört. Er habe ein Einkommen von etwa 10 000 M., habe in der 4. Stufe der Einkommensteuer gesteuert, er gehörte aber in die 9. Auf Befragen des Angeklagten Zusangel bemerkte der Zeuge: Der Bochumer Verein befreite sich allerdings bei der Subvention des „Rhein-Westf. Tagebl.“, wie hoch diese Subvention sei, wisse er nicht. — Fuhrunternehmer Korf: Er sei evangelischer Konfession und gehörte keiner politischen Partei an. Er sei in der 3. Einkommensteuerstufe, er sei jedoch der Meinung, daß er zu hoch eingeschäzt sei. — Schreinermeister Ellermann befandt, daß er richtig eingeschäzt sei. — Biegelerbester Ketteler: Er sei katholischer Konfession und ultramontan, sei in der 9. Einkommensteuerstufe, habe aber nur ein Einkommen von 6000 M., sei mithin 4 Stufen zu hoch eingeschäzt. Er habe mehrfach deshalb reklamiert, sei aber stets zurückgewiesen worden. — Oberbürgermeister Vollmann: Er müsse hierzu bemerken, daß die Reklationsache des Zeugen noch in der Schwebe sei. — Fuhrer Picht, Gastwirt Schütte, Kaufmann Unterberg, Gastwirt Spieckermann, Schreinermeister Dreiermann und Metzgermeister Niggemann, die sämtlich katholischer Konfession und ultramontan sind, befanden, daß sie, ihrem Einkommen entsprechend, eingeschäzt sind. — Schreinermeister Besselmann (katholisch und ultramontan): Er sei in der 2. Einkommensteuerstufe, gehörte aber in die vierte. — Bauunternehmer

Eglemann (katholisch und ultramontan): Er sei annähernd richtig eingeschätzt. — Kaufmann vom Hove (katholisch und ultramontan): Er ist in der 8. Einkommensteuerstufe, gehört aber in die 10. — Es tritt alsdann eine kurze Pause ein. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird in die Serie der Anklagen, betreffend die Armenverwaltung der Stadt Böhm eingetreten. — Oberbürgermeister Vollmann bekundet auf Beifragen des Präsidenten: Der Magistrat besteht aus 2 Katholiken, 4 Evangelischen und 1 Jüden, die Stadtverordnetenversammlung aus 11 Katholiken und 13 Evangelischen, die Einkommensteuer-Einschätzungscommission aus 6 Evangelischen und 4 Katholiken; die Mitglieder der Foreniensteuer-Kommission sind sämtlich evangelisch, die der Armenverwaltung 6 evangelisch und 2 katholisch; von den Armenbezirksvorstehern sind 6 katholischer, 6 evangelischer und 1 jüdischer Konfession. Die politische Richtung dieser städtischen Vertreter könne er nicht angeben. Er bezweife, daß sämtliche Magistratsmitglieder zur nationalliberalen Partei gehören, er selbst sei nicht nationalliberal. Präf.: Herr Bürgermeister Lange, der Angeklagte Zusang hat behauptet, in der städtischen Armenverwaltung sei über Gebühr gespart worden, es sei gegen die Ortsarmen sehr rigoros vorgegangen. Die Namen derselben seien veröffentlicht worden, die Ortsarmen müßten unter polizeilicher Aufsicht im Buchthausanzuge öffentlich Arbeiten verrichten u. dergl. mehr? — Bürgermeister Lange: Infolge der vielen aufheiterischen Artikel des Angeklagten Zusang wurde der Etat der Armenverwaltung von 60000 auf 75000 Mark erhöht, sodass ein Nachtrags-Kredit von 32000 Mark gefordert werden mußte. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß jedoch, da der Haushaltsetat dadurch sich ungemein erhöhte, den Etat der Armenverwaltung wieder auf 60000 M. zu reduzieren. Es ist richtig, daß zwei Ortsarme wegen Ungehörigkeiten der Staatsanwaltschaft übergehen wurden. Die Veröffentlichung der Namen ist nach dem Gesetz zulässig. Die Insassen des Armenhauses sind allerdings zu öffentlichen Arbeiten, wie Strafenstrafen u. s. w. verpflichtet worden. Das Gesetz gestattet eine solche Verwendung; ich füge aber noch hinzu, daß die meisten Insassen sich freuen, Gelegenheit zum Arbeiten zu erhalten. Wir besleben unsere Armenhaus-Insassen, dieser Anzug gleicht jedoch aber keineswegs dem der Buchthaussträflinge. Die Arbeiten wurden wohl unter Aufsicht von Magistratsdienern, nicht aber unter der von Polizisten gemacht. Die Magistratsdiener tragen Zivilanzug. — Auf Beifragen des Vertheidigers, Rechtsanwalt Rohr, giebt der Zeuge zu, daß die Magistratsdiener durch Dienstmützen kenntlich sind. — Angeklagter Zusang bestreitet, daß, wie Bürgermeister Lange behauptet, er schon vor den infaminierten Artikeln irgendwie in aufheiterischer Weise gegen die Armenverwaltung vorgegangen sei; er habe nur streng sachlich über die Armenverwaltung geschrieben. — Bürgermeister Lange: Ich bedauere, daß ich nicht in der Lage bin, die betreffenden Artikel vorzulegen, ich halte meine Aussage aber vollständig aufrecht und bemerke noch, daß mir mehrfach Leute, die ich wegen irgend einer Angelegenheit in Armen Sachen abweisen mußte, zurrufen: "Das wird Ihnen Zusang besorgen." — Die Verhandlung wird hierauf gegen 1½ Uhr Nachmittags auf Montag, den 8. d. M., Vormittags 9 Uhr vertagt.

## Lokales.

Posen, den 9. Juni.

\* Der Inspekteur der Train-Depot-Inspektion, Oberst v. Chrhardt, nebst Adjutant, Major Neil, ist gestern hier eingetroffen und hat in Mylius Hotel Wohnung genommen.

\* Wettkennen. Bei den am kommenden Sonntag, den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, auf den Eichwaldwiesen stattfindenden Rennen des Posener Herren-Meiter-Vereins verspricht die Beteiligung von Reitern und Pferden eine gute zu werden, da die meisten der angemeldeten Pferde hier zu erwarten sind. Zu dem Rennen I "Bauern-Rennen" hat die Anmeldung erst auf dem Rennplatz zu erfolgen. Zu dem Rennen II "Preis von Posen" und einen Ehrenpreis der Bürger hiesiger Stadt und 800 M. vom Verein für den Sieger, 300 M. für den Zweiten und 100 M. für den Dritten sind für sechs Pferde die Gewichte angekommen. Zu dem Rennen III "Steeple-chase für Offiziere des Posener Feld-Artillerie-Regiments Nr. 20 um drei Ehrenpreise und zu dem Rennen IV "Inländer-Jagd-Rennen" mit 1000 Mark dem Ersten, 300 Mark dem Zweiten und 100 Mark dem Dritten sind je zehn Pferde gemeldet. — Zu dem Rennen V "Jagd-Rennen" für Offiziere des 2. Leib-Husaren-Regts. Kaiserin Nr. 2 um drei Ehrenpreise sind 12 und zu dem Rennen VI "Kaiserprijs" und vier Ehrenpreise sind 14 Unterschriften erfolgt. Der von Sr. Majestät Allergräßt bewilligte Ehrenpreis, welcher aus einem prachtvollen Pokal bestehen soll, ist bereits eingetroffen. Um den Preis von 200 Mark dem Ersten und 100 Mark dem Zweiten im Rennen VII "Trost-Jagd-Rennen" konkurriren 12 Pferde, von denen nach der Proposition jedoch die Sieger bei vorliegenden Rennen, soweit sie für dies Rennen genannt sind, ausscheiden müssen.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 8. Juni. Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen "Leipzig", "Sophie" und "Alexandrine", Geschwaderchef Kontre-Admiral Valois, ist am 7. Juni von San-Francisco nach Chile via Acapulco-Panama abgegangen.

Niel, 8. Juni. Die Yacht "Irene" an Bord Prinz Heinrich ist heute Nachmittag 4½ Uhr glücklich eingelaufen.

Wien, 8. Juni. Wie dem l. f. Telegraphen-Korrespondenzbureau aus Kairo von authentischer Seite gemeldet wird, soll bisher weder im Delta noch im übrigen Egypten ein Fall von Cholera vorgekommen sein.

Pest, 8. Juni. Der gestern im Handelsministerium unterzeichnete Vertrag betreffend die Verstaatlichung der ungarischen Linien der Staatseisenbahngesellschaft gelangt am Donnerstag durch eine Vorlage beim Abgeordnetenhaus zur Publikation.

Petersburg, 8. Juni. Der Großfürst-Thronfolger ging am Sonnabend auf der Station Sungatschinskaja an Bord eines Dampfers, um den Sungatschi und Ussuri abwärts zu fahren.

Petersburg, 8. Juni. Das amtliche Finanzblatt bemerkt in seinen Mittheilungen über die Ernteausichten, obgleich kaum zu erwarten sei, daß die Ernte des Winterweizens im Allgemeinen selbst unter günstigen Bedingungen des Blühens und Reisens das gewöhnliche Mittel erreichen werde, so habe für Russland die Ernte des Sommerweizens, dessen Felder diejenigen des Winterweizens an Umfang dreifach übertragen, eine ungleich größere Bedeutung. Was den Roggen angehe, so könne das voraussichtliche Defizit durch Umsäen nicht gedeckt werden.

Stockholm, 8. Juni. Nach zweitägigem leichtem Unwohlsein erkrankte der Kronprinz gestern an heftigen Kopfschmerzen und Gelenkschmerzen, sodaß er das Bett hüten muß. Die Aerzte bezeichnen die Krankheit als Influenza. Temperatur heute 39½ Grad C.

Bern, 8. Juni. Der Nationalrat hat den Antrag Brenner, der Bundesrat möge über die Amnestierung der wegen Theilnahme an den Tessiner Ereignissen (Frühjahr 1889 und Herbst 1890) den eidgenössischen Aussen überwiesenen Personen Bericht und Antrag überbringen, mit 69 gegen 58 Stimmen für erheblich erklärt.

Paris, 8. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Zustimmung zu dem in der internationalen Telegraphenkonferenz zu Paris festgesetzten Telegraphentarif, sowie zu dem am 18. Februar d. J. in Paris von den Vertretern Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten Vereinbarungen betreffend die Regelung des telegraphischen Verkehrs.

London, 8. Juni. Das "Reuter'sche Bureau" meldet aus Shanghai von heute, ernste Unruhen hätten in Wuhu bei Kinkiang stattgefunden, die eingeborene Bevölkerung hätte einen Hollbeamten und einen Missionär ermordet und mehrere Häuser in Brand gesteckt. Die Frauen und Kinder der Europäer hätten sich nach Kinkiang gerettet.

Belgrad, 8. Juni. Ein liberaler Parteitag im Negotiner Kreise sprach seine Mizbilligung über den Ausweisungsbefehl gegen die Königin Natalie aus und bezeichnete die Durchführung dieses Beschlusses seitens der Regierung als Verfassungsverlegung.

Washington, 7. Juni. Der Insurgenten-Dampfer "Stata" hat in Tocopilla außer den 5000 Gewehren auch sämtlichen Kriegsbedarf den amerikanischen Kriegsschiffen übergeben.

Washington, 8. Juni. Der Ackerbau-Sekretär Russ hat ein ausführliches Reglement für Vieh-Transportsschiffe erlassen. Die Schiffe müssen von Russ ein auf ein Jahr lautendes Zertifikat einholen, in welchem unter anderen die Anzahl der Viehstücke angegeben ist, welche das Schiff tragen darf. Das Reglement schreibt ferner den dem Vieh auf Deck zu gebenden Raum vor, sowie zur Bequemlichkeit und Sicherheit des Viehs dienende Einrichtungen.

London, 8. Juni. Der Union-Dampfer "Dane" ist heute auf der Heimreise in Southampton angekommen.

Paris, 8. Juni. Der Senat nahm heute nach längerer Debatte mit 208 gegen 49 Stimmen die von der Kammer bereits genehmigte Vorlage, betreffend eine Reduktion der Getreidezölle, an.

Rom, 8. Juni. Heute floß ein breiter Lavaerguß aus einer neuen Deffnung des Vesuvs unterhalb des Zentralkegels. Direktor Palmieri erklärte, daß dies mit den Erdbeben in der Lombardie und Venetien zusammenhänge. Das Erdbeben hörte überall auf, als die Eruption begann, welche übrigens gefahrlos erscheint und nicht forschreitet.

London, 8. Juni. [Prozeß Cumming.] In der heutigen Verhandlung hielt der Generalanwalt Clarke eine Rede, worin er Cumming warm vertheidigte und erklärte, daß von diesem unterzeichnete Schriftstück bezweckte nur, öffentliches Aberglaube zu verhüten und eine Erörterung der Angelegenheit vom Prinzen von Wales fernzuhalten. Er sei überzeugt, daß, wenn das Urtheil der Zürch Cumming für unschuldig erkläre, dieser ebensoviel aus den Armeelisten gestrichen werden dürfe, wie irgend ein anderer in diese Angelegenheit verwickelter Offizier.

## Angekommene Fremde.

Posen, 9. Juni.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Geheimer Regierungsrath Tecklau aus Berlin, Regierungs-Baurath Reimann aus Berlin, Rittergutsbesitzer von Keltch aus Starzine, Fabrikbesitzer v. Bardzki aus Gera, Arzt Dr. Hafer aus Freital, Direktor Niel aus Hamburg, die Privatiers Lamme aus Dresden und Mellenthin aus Braunschweig, Fabrikant Schottens aus Grimma, Architekt Schneffelt aus Berlin und die Kaufleute Biermann aus Hamburg, Schoen und Frau aus San Francisco, Kaspari aus Czarnikau, Kunath aus Bielefeld, Fräulein Kohn aus Berlin und Frau Meyer aus Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Lombard aus Westfelde, Reissner aus Ostromiecno und Fräulein Reissner aus Schrimm, Königl. Oberförster Mühlig-Hoffmann mit Familie aus Grünheide und die Kaufleute Schulze aus Bremen, Biegert aus Hannover, Czodt aus Breslau, Oehlschlägel aus Frankfurt a. M., Conrad, Fränkel, Wode, Coutuier und Eisenstädt aus Berlin, Krupps aus Haarlem, Baumann aus Stettin, Frau Jacoby aus Königsberg i. Pr., Danziger aus Hannover und Alpers aus Magdeburg.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Rentiere Helbig aus Berlin, Börwersbäcker Ratowksi aus Grodzisko, Premier-Lieutenant im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 20 Günther aus Posen und die Kaufleute Auhheim aus Worms, Keseberg und Franke aus Hamburg, Rose aus Berlin und Rumtsch aus Forst-Louis.

J. Graetz's Hotel, "Deutsches Haus" vormals Langner's Hotel Konditor Kowalcik aus Berlin, Kunstmaler Telechowski aus Krakau, Versicherungs-Inspector Schulz aus Berlin, Beamter Jablonksi aus Gleiwitz und die Kaufleute Jacobi aus Berlin, Hoffmann aus Hamburg, Giesel aus Oppeln und Löwenstein aus Magdeburg.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Giese aus Dresden, Danziger und Freund aus Berlin, Wöhren aus Köln, Ansbach aus Schneidemühl, Wize aus Nowogrod, Wohl aus Leutmannsdorf und Bessert aus Breslau.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Dekan Pagowski aus Wyszanowo, Geistlicher Szafrański aus Znin, die Agronomen Chmielinski aus Polen und Pawłowski aus Rydowice, Frau Kubach mit Schwester aus Woynowo und Kaufmann Rosenthal aus Berlin.

Georg Müller's Hotel "Altes deutsches Haus". Die Kaufleute Winter aus Erfurt, Vogt aus Dresden, Lamlewski aus Grätz,

Apolda, Gutsbesitzer Triple aus Szegnowo und Gasthofbesitzer Katnowski aus Dzikowice.

## Marktberichte.

Bromberg, 8. Juni. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Roggen 200—235 Mt, feinstes über Notiz. — Roggen 190—200 Mt. — Hafer nach Dual 165—178 Mt — Gerste 150—165 Mt. — Körnerbrot 166—180 Mt, Zittererbrot 155—165 Mt. — Brot 115—125 Mt. — Spiritus 50er Konsum 71,00 Mark, 70er Konsum 51,00 Mark.

Breslau, 8. Juni. (Amtlicher Produktions-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm. — Gef. — Cr. abgelaufene Kündigungsscheine. — Per Juni 208,00 Md., Juni-Juli 206,00 Md. — Hafer nach Dual 196,00 Md., September-Oktober 190,00 Md. — Hafer (per 1000 Kilogr.). — Per Juni 166,00 Md., Juni-Juli 164,00 Md. — September-Oktober 188,00 Br. — Itt b d (per 100 Kilogramm). — Per Juni 62,00 Br., September-Oktober 62,50 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mt. Verbrauchsabgabe gefindet. — Liter Per Juni (50er) 69,90 Md., (70er) 50,10 Md. Juni-Juli 50,10 Md., Juli-August 50,60 Md., August-September 50,60 Md., September-Oktober 47,50 Md. — Binf. Seit letzter Notiz Schle. Vereins-Marken 22,75 bez.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1891.

Datum	Barometer auf 0 Stunde 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Gr.
8. Nachm. 2	754,2	○ mäßig	bedeckt	+18,9
8. Abends 9	754,8	○ frisch	bedeckt	+12,0
9. Morgs. 7	754,0	○ mäßig	bedeckt	+12,3
*) Von 1½ bis gegen 2 Uhr schwacher Regen.				
Am 8. Juni	Wärme-Maximum + 19,1° Gef.			
Am 8.	Wärme-Minimum + 12,0° =			

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. Juni	Morgens 1,34 Meter.
= 8	Mittags 1,36 =
= 9	Morgens 1,34 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

Breslau, 8. Juni. Abgeschwächt.

3½%ige L.-Pfundbriefe 96,85, 4%ige ungarische Goldrente 91,40, Konsolidirte Türklen 18,25, Türkische Loose 73,50, Breslauer Diskontobank 98,10, Breslauer Wechslerbank 99,75, Schlesischer Bankverein 114,15, Kreditaktien 163,00, Donnersmarckstüte 80,50, Oberschles. Eisenbahn 66,60, Oppelner Cement 87,75, Krampe 123,00, Laurahütte 122,25, Verein. Delfabrik 103,00, Österreichische Banknoten 173,50, Russische Banknoten 241,15, Schles. Banknoten 193,25, Oberschles. Borländ.-Bement 86,00, Archimedes —, Katowicer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,25, Flöther Maschinenbau 104.

Schlesische Dampfschiffsskompanie 91,25.

4½ prozent. Obligationen der Oberösterreichischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz —, Neue 3 prozent. Reichsanleihe 85,60.

Frankfurt a. M., 8. Juni. (Schluß.) Fest.

Lond. Wechsel 20,45, 4proz. Reichsanleihe 106,20, österr. Silberrente 80,60, 4½ prozent. Papierrente 80,50, do. 4proz. Goldrente 96,40, 1860er Loose 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 91,40, Italiener 91,80, 1880er Russen 98,50, 3. Orientanl. 75,60\*, unifiz. Egypter 97,80, ton. Türk. 18,25, 4proz. türk. Anl. 82,40, 3proz. port. Anl. 45,40, 5proz. serb. Rente 89,00, 5proz. amort. Rumäni 99,20, 6proz. ton. Mexik. 86,70, Böh. Weißt. 308, Böh. Nordbahn 166, Franzosen 245, Galizier 191, Gottscheerbahn 148,00, Lombarden 95, Lübeck-Büchen 155,50, Nordwestbahn 178, Kreditakt 261, Darmstädter 183,90, Mitteld. Kredit 102,50, Reichsb. 144,00, Dist. Kommandit 181,40, Dresden. Bank 142,20, Pariser Wechsel 80,80, Wiener Wechsel 173,45, serbische Tabaksrente 89,60, Privatdiskont 3½% Proz. 3 Proz.

\* per comptant. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 262, Dist.-Kommandit 181,00, Bochumer Gußstahl —, Harpener —.

Wien, 8. Juni. (Schlußkurse.) Lokale Realisirungen drückten vorübergehend, schließlich auf Berlin erholt, Kreditaktien und Bahnen lebhafter. Osterr. 4½% Papierrente 92,65, do. 5% 102,40, do. Silberr. 92,60, do. Goldrente 111,10, 4proz. unq. Goldrente 104,55, do. Papierrente 101,60, Länderb

Bremen, 8. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loko 6,40 Br. ruhig. Aktien des Norddeutschen Lloyd 117½ Gb. Norddeutsche Wollkämmerei 160 Br.

Hamburg, 8. Juni. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 238—245. Roggen loko fest, medeburg, loko neuer 218—220, russischer loko fest, 158—160. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbel (unverz.) fest, loko 62,00. — Spiritus stetig, per Juni-Juli 35%, Br., per Juli-August 36 Br., per August-September 36%, Br., per Sept.-Oktober 36% Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,45 Br., per August-Dez. 6,65 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 8. Juni. Budermarkt (Nachmittagsbericht). Rüben-Stohzucker I. Produkt Bosis 88 vPt. Rendement neue Wiance, frei am Bord Hamburg per Juni 13,27%, per August 13,42%, per Oktober —, per Dezember 12,27%, per März 12,60. Geschäftslös.

Hamburg, 8. Juni. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juli 83, per September 80, per Dezbr. 72, per März 70%. Behauptet.

Berl., 8. Juni. Produktenmarkt. Weizen loko flau, per Juni 9,25 Gb., 9,30 Br., per Herbst 9,32 Gb. 9,34 Br. Hafer per Herbst 5,86 Gb., 5,88 Br. — Mais per Juni 1891 6,09 Gb., 6,11 Br., per Juli-August 6,19 Gb., 6,21 Br. — Kohlraps per August-September 16%, Gd., 16½ Br. — Wetter: Schön.

Paris, 8. Juni. (Schlußbericht.) Stohzucker 88% ruhig, loko 34,50 à 34,75. Weißer Buder fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 35,60%, per Juli 35,75, per August 35,75, per Oktober-Januar 34,50.

Paris, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per Juni 29,90, per Juli 29,20, per August 28,70, per September-Dezember 28,60. — Roggen ruhig, per Juni 19,20, per September-Dezember 19,00. — Mehl ruhig, per Juni 63,30, per Juli 64,00, per August 64,00, per September-Dezember 64,10. — Rübbel träge, per Juni 72,75, per Juli 73,25, per August 73,75, per September-Dezember 75,75. — Spiritus ruhig, per Juni 42,50, per Juli 42,50, per August 42,25, per September-Dezember 39,00. — Wetter: Bedeut.

Gavre, 8. Juni. (Telegramm der Hamburger Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Juni 103,50, per September 99,50, per Dezember 89,50. Behauptet.

Gavre, 8. Juni. (Telegramm der Hamburger Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Haufe. Rio 7000 Sad, Santos 6000 Sad. Recettes für Sonnabend.

Amsterdam, 8. Juni. Java-Kaffee good ordinary 60.

Amsterdam, 8. Juni. Vancatini 56%. Unverändert, per November 255. — Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine unverändert, per Oktober 183. Haups per Herbst —. Rübbel loko 34%, per Herbst 33%, per Mai —.

Antwerpen, 8. Juni. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen schwach. Hafer nachgebend. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 8. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 15% bez. u. Br., per Juni 15% bez., 15% Br., per Juli 15% Br., per August 16 Br., per September-Dezember 16% Br. ruhig.

London, 8. Juni. Chilli-Kupfer 55%, per 3 Monat 56%.

London, 8. Juni. 96 vPt. Tabazucker loko 15 ruhig. — Rüben-Stohzucker loko 13% sehr träge. Centrifugal Cuba —.

London, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen sehr träge, ca. 1/2 lb. niedriger als vorige Woche. Mehl u. Gerste fest. Mais ca. 1/2 lb. höher, feiner Hafer fest, anderer sehr träge. Schwimmender Weizen sehr ruhig. Mais und Gerste sehr fest. — Wetter: Bewölkt.

Glasgow, 8. Juni. Rohfelsen. (Schluß.) Mixed numbers Warrants 47 sh. — d.

Glasgow, 8. Juni. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 6100 Tons gegen 9200 in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 8. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation u. Export 500 B. Träge.

Amerikaner 1/16 niedriger, Surats ruhig. Middl. amerikan. Lieferungen: Juni-Juli 4% G. Käuferpreis, Juli-August 4% do., August-September 4% do., Oktober-November 4% do., November-Dezember 4% G. Verkäuferpreis, Dezember-Januar 4% do. do.

Liverpool, 8. Juni. Baumwollenmarkt. (Weitere Meldung.) Egyptian brown fair 6%, do. do. good fair 6%, do. do. good 6%, Bengali fine 3%.

Newyork, 8. Juni. Rother Winterweizen per Juni 1 D. 07%, C., per Juli 1 D. 06 C.

Berlin, 9. Juni. Wetter: Bewölkt.

### Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 8. Juni. Die Aufmerksamkeit der heutigen Börse richtete sich wiederum vornehmlich auf den Montanmarkt; während die Aktien von Eisen- und Stahlwerken unter Einfluß der bisher bekannt gewordenen Dividendenschätzungen der mit Ende dieses Monats ihr Geschäftsjahr schließenden Gesellschaften, welche zu meist einen wesentlichen Kursabschlag gegen das Vorjahr ergeben, sowie auf die heutige Glasgower Rohstoffennotiz mit ihrem Rückgang von ca. 3 sb., stark angeboten waren und in rückgängiger Bewegung verkehrten, ergab sich für eine größere Anzahl von Kohlenaktien lebhafte Begehr bei andauernd recht fester Tendenz.

Auf den übrigen Gebieten ging es bei Weitem ruhiger zu, wenn auch die Haltung im Allgemeinen sich als fast charakteristische Später machte sich auf Deckungen, denen sich vereinzelt Meinungs-kräfte angeschlossen, unter mehrfachen Schwankungen eine Aufbesserung in Eisenbahnwerthen bemerkbar, die die anfänglichen Verluste aber nicht einzuhören vermochte.

Bankaktien lagen selbst in ihren leitenden spekulativen Titres sehr still, wiesen aber vielfach Steigerungen in ihrem Werthstande auf. Bevorzugt waren Berliner Handelsgesellschaft, Deutsche, Diskonto-Kommandit und Österreichische Kredit.

Inländische Eisenbahntaktien wenig beachtet; Lübeck-Büchener und Mainzer schwach, Marienburger etwas fester und beachter. Ausländische Transportwerthe gleichfalls in untergeordnetem Verkehr bei geschäftlicher und tendenzieller Bevorzugung von Duxern, Galiziern und Lombarden. Montanwerthe hatten ganz bedeutenden Verkehr für sich. Andere Industriepapiere wurden in mäßigem Umfang gehandelt und bewahrten überwiegend recht feste Tendenz. Fremde Fonds und Renten still und wenig verändert. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahn-Obligationen ic. hatten ruhigen Handel bei wenig verändertem Kursstand. — Privatdiskont 2%, pCt.

### Produkten-Börse.

Berlin, 8. Juni. Die heutige Getreidebörsé eröffnete für Weizen in schwacher Haltung bei um 4 M. billigeren Preisen. Später wurde dieser Abschlag bei mäßigen Umsätzen wieder ein-

Roggen setzte höher ein, und nach vorübergehender Abschwächung blieb der Markt fest, die Preise stellten sich ca. 2 M. höher. Eine Dampferladung von Taganrog, Mai-Juni a. St. abzuladen, ist zum Preise von 157½ M. cif Hamburg zurückregulirt, für fernere Partien bleiben die Russen zu 157 M. als Käufer am Markt. Hafer bei stilem Geschäft wenig verändert. Roggenmehl bei einigen Umsätzen höher bezahlt. Rübbel etwas billiger. Spiritus still, nahe Termine ganz unverändert, Termine neuer Kampagne in fester Haltung.

Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) per 1000 Kilogramm. Loko still. Termine matt. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 225—235 M. nach Qualität. Lieferungsqualität

222 M., gelb. märz. 232,5 ab Bahn bez., per diesen Monat 222,75 bis 232,5 bez., per Juni-Juli 231,75—231,75 bez., per Juli-August 217,5—217,25 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 209,25 bis 209,75—209—209,25 bez., per Oktober-November — bez.

Weizen mehl Nr. 00 32,75—31,00, Nr. 0 30,75—29,25 bez.

Jetne Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 29,25—28,75, do. keine Marken Nr. 0 u. 1 30,5—29,25 bez., Nr. 0 1% M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sad.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko still. Termine behauptet. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 200—212 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 210 M., russischer — bez., inländischer — bez., per diesen Monat 210 bis 209,0—209,5 bez., per Juni-Juli 205,5—205,75—204,75—206,25 bis 205,75 bez., per Juli-August 197—197,5 bis 196,75 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 190,5—190,75—190 bez., per Oktober-November — bez., per November-Dezember — bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Still. Große und kleine 158 bis 184 M. nach Qualität. Futtergerste 160—168 M.

Hafer per 1060 Kilogramm. Loko Mittelsorten flau, Termine wenig verändert. Gefündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 164,5 M. Loko 164—190 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 171 M. Bonnhercher, preußischer, schlesischer mittel bis gärtner 168 bis 176, feiner 180—188 ab Bahn, Kahn und frei Wagen bez., per diesen Monat 164,5 bis 164,75 bez., per Juni-Juli 164,25—164 bez., per Juli-August 151,75 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 145,75—146—145,75 bezahlt.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko still. Termine still. Ge-

fündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 153 bis 168 M. nach Qualität, per diesen Monat 145 bez., per Juni-Juli 143 bis 143,5 bez., per Juli-August 142 bez., per September-Oktober 141,75 bez.

Erbien per 1000 Kg. Kochwaare 175—185 M., Futterwaare 168—173 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Termine fest. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat 28,95—29,15 bez., per Juni-Juli 28,5 bis 28,7 bez., per Juli-August 27,5—27,7 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 26,2—26,35 bez.

Rübbel per 100 Kilogramm mit Fas. Termine matter. Gefündigt 300 Bentner. Kündigungspreis 60,7 M. Loko mit Fas. — bez., loko ohne Fas. — bez., per diesen Monat 60,7 bis 60,5 M. per Juni-Juli — bez., per Juli-August — bez., per August-September — bez., per September-Oktober 60,7—60,4 bez., per Oktober-November 60,8 M. per November-Dezember 61 bez., per April-Mai 61,8 M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loko 24,75 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Juni — M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sad. Loko 24,75 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Fas. in Posten von 100 Br. — M. Termine —. Gefündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 51,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 51,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 51,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Feiter. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, per Juni-Juli 50,3—50,5 bez., per Juli-August 50,7—50,9 bez., per August-September 51 bis 51,2 bez., per September-Oktober 48,2—48,3 bez., per Oktober-November 45 bis 45,2 bez., per November-Dezember 43,9—44 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez.

Weizen mehl Nr. 00 32,75—31,00, Nr. 0 30,75—29,25 bez. Jetne Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 29,25—28,75, do. keine Marken Nr. 0 u. 1 30,5—29,25 bez., Nr. 0 1% M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. = 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. hell. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 7.	Brnsch. 20. T.L.	—   105,00 bz G.	Schw. Hyp.-Pf.	4½   101,90 bz G.	Warsch.-Teres.	i. D.   102,75 bz	Reichenb.-Prior.	(SNV).....	5   88,00 B.	Pr.Hyp.-B.I. (rz.120)	4½   113,80 G.	Bauges. Humb.	6   133,75 G.
Amsterdam. 3	8 T.   166,95 B.	3½   135,00 bz	Serb.Gld-Pfdb.	5   91,75 bz G.	do. Wien.	18½   248,10 bz	Gold-Prior.	5   101,90 G.	do. Vi.(rz.100)	5   127,75 G.	Moabit.....	5   127,75 G.	
London ....	3   8 T.   20,445 bz	3½   139,80 G.	do. Rente.	5   89,10 G.	Weichselbahn	—   80,50 bz	Sdd.ost. B. (Lb.)	3   65,36 G.	do. div.Ser.(rz.100)	3   71,10 G.	Passage.....	3   71,10 G.	
Paris .....	3   8 T.   80,85 bz G.	3½   131,10 G.	do. do. neue	5   89,10 G.	Stockh. Pf. 87.	4   98,90 B.	Ost. Hyp.-Vers.-Cert.	4½   100,00 G.	do. do. (rz.100)	3½   95,30 G.	U. d. Linden	—   22,10 G.	
Wien .....	4   8 T.   173,60 G.	3½   131,10 G.	do. St.-Ant. 87.	3½   98,90 B.	Span. Sohld.	4   73,50 G.	do. Obligation.	5   103,90 G.	Berl.Elektr.-W.	10   175,00 G.	Beri. Lager-W.	10   175,00 G.	
Petersburg ...	4½   3 W.   240,50 bz	3½   129,10 G.	Oldenb. Loose	3   129,10 G.	Türk.A. 1865/11	4   96,10 G.	do. Gold-Prior.	4   96,10 G.	do. do. St.-Pr.	0   115,00 G.	do. do. St.-Pr.	0   115,0	